



Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V.

Stellungnahme der AG Europa beim Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung

Mit einem ganzheitlichen Stadtentwicklungsansatz die „Neue Europäische Bauhausinitiative“ stärken!

Brüssel/Berlin, 15. März 2022

Vorbemerkung:

Der Deutsche Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V. (DV) ist eine neutrale Dialog-Plattform, die verschiedene Perspektiven und Sichtweisen von Bund, Ländern und Kommunen sowie Vertreterinnen und Vertretern der Wohnungswirtschaft, Wissenschaft, des Städtebaus, Wirtschaftsorganisationen und Finanzierung aus Deutschland zu aktuellen Fragen der Stadtentwicklung und Wohnen integriert.

In seiner AG Europa vom 7. Februar 2022, die gemeinsam mit Vertreterinnen der EU-Kommission stattfand, wurden die Potentiale eines ganzheitlichen und räumlich-integrierten Stadtentwicklungsansatzes in Verbindung mit dem Neuen Europäischen Bauhauses erörtert. Diese Perspektive könnte zu einer erheblich stärkeren Breitenwirkung des Neuen Europäischen Bauhauses beitragen.

In der Diskussion wurden verschiedene Sichtweisen und Perspektiven des Bundes, von kommunalen Spitzenverbänden, Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, Wissenschaft sowie Architektur und Baukultur zusammengeführt.

Einen ganzheitlichen und räumlich-integrierten Stadtentwicklungsansatz im Neuen Europäischen Bauhaus (NEB) stärken

Die Initiative zum Neuen Europäischen Bauhauses (NEB) leistete durch vielfältige Beiträge, Diskussionen und Wettbewerbe einen außerordentlich wertvollen politischen Beitrag, um das Bewusstsein darüber zu stärken, dass ein Um- und Weiterdenken hinsichtlich des gesamten Lebenszyklus eines Bauwerks sowie ganzheitliche ökologische, soziale, ökonomische und kulturelle Zusammenhänge des Bauens, notwendig sind. Diese Initiative wird durch den DV e.V. daher sehr begrüßt.

Zahlreiche städtebauliche und baukulturelle Ansätze in dieser Richtung werden bereits seit vielen Jahren diskutiert und z.T. auch umgesetzt. Mithilfe des NEB muss es gelingen, die vielen noch pilothaften Lösungsansätze zu bündeln und für die Gesamtheit des Bauens und Gestaltens in die Breite der Gesellschaft zu tragen. Dieser wertvolle Prozess darf jedoch nicht auf der Ebene einer „Kampagne“ stehenbleiben, sondern muss **stärker operationalisiert und fachlich untersetzt werden**. Damit eine nachhaltige Breitenwirkung entfaltet werden kann, appellieren wir dafür, folgende Prinzipien stärker in der Initiative des NEB zu berücksichtigen und zu integrieren:

- a. Die Bauhausidee des integrativen Denkens und Handelns im Baubereich muss in ihrer ganzen Komplexität an- und umgesetzt werden, um ein gemeinsames Verständnis von **Prinzipien des Bauens** sowie einen integrativen, räumlichen Ansatz des städtebaulichen Planens wirksam werden zu lassen. Dabei muss jede Region und jede Kommune diese Prinzipien und ihre Umsetzung entsprechend ihren spezifischen geografischen, baukulturellen Traditionen, mentalen und rechtlichen Voraussetzungen sowie den unterschiedlichen, zur Verfügung stehenden lokalen und regionalen Bausubstanzen anwenden. Nur so kann es gelingen, die Mehrheit der Akteure zu mobilisieren.
- b. Lösungen für **Einzelgebäude** oder gar einzelne Bauteile und Technologien, die nur bedingt zu übertragen sind, können in Zukunft nicht die **erforderliche Breitenwirkung** erzielen, wenn sie nicht in einem bauökologischen und städtebaulichen Kontext verankert werden. Dabei ist in besonderem Maße auf eine **soziale und wirtschaftliche Tragfähigkeit zu achten, um eine Breitenwirkung zu erzielen**.

- c. Als eine geeignete räumliche Maßstabsebene dient im städtebaulichen Kontext das **Quartier**. Nur über diese Erweiterung erschließt sich ein **größerer Handlungs- und Lösungskatalog**, der über die reine Betrachtung von Einzelgebäuden hinausgeht und auch den öffentlichen Freiraum umfasst. Diese Maßstabsebene bietet nicht nur einen überschaubaren Raum, um unterschiedliche Akteure für die Anwendung neuer Prozesse und Technologien zu gewinnen, Versorgungslösungen und Kostenersparnisse durch Skalen- und Bilanzierungseffekte zu ermöglichen, sondern erhöht auch **Mobilisierungseffekte** öffentlicher und privater Gebäudeeigentümer, da ein **„lebensweltlicher“ Bezug** für die dort lebenden Menschen geboten wird. Das Quartier bietet einen optimalen Ansatzpunkt, um gebäudebezogene Maßnahmen gleichermaßen mit Versorgungs-, Mobilitäts- und sozialen Lösungsaspekten zu verbinden.
- d. Eine gute Grundlage für einen solchen räumlich-planerischen und städtebaulichen Rahmen liefert die Ende 2020 von den EU-Stadtentwicklungsministern verabschiedete **„Neue Leipzig Charta“** gemeinsam mit der **Urbanen Agenda für die EU** sowie die dazugehörigen formalen Schlussfolgerungen des EU-Rates. Die Neue Leipzig-Charta bietet mit ihrem Grundgedanken einer **transformativen Kraft von Städten** ein gemeinsames substanzielles Verständnis aller EU-Mitgliedstaaten zu Prinzipien und Zielen einer transformativen und nachhaltigen europäischen Stadtentwicklungspolitik. Das Neue Europäische Bauhaus kann in wechselseitiger Verbindung und Synergie mit der Neuen Leipzig-Charta in idealer Weise dazu beitragen, die gemeinsamen Grundprinzipien von nachhaltigem und integrativem Planen und Bauen fachlich zu untersetzen.
- e. Ein ganzheitlicher Ansatz erfordert zudem auch die **Kombination verschiedener Technologien**. Eine einseitige Fokussierung auf bestimmte Baustoffe (z.B. Holzbau) und Technologien (z.B. strombasierte Wärmeversorgung) ist nicht nur technisch und bezogen auf knappe Ressourcen und Kapazitäten unrealistisch, sondern auch nicht kosteneffizient. Auch hier bietet der Quartiersansatz durch eine **Kombination von Maßnahmen zur Reduktion von Emissionen an Gebäuden sowie klimaneutraler Energie-, Wärme- und Kälteversorgung** eine wesentlich breitere Hebelwirkung, Mobilisierungseffekte und Kosteneinsparungen.
- f. Grundlegend ist auch ein breiter **Kapazitätsaufbau an Fach- und Hochschulen sowie der Handwerks- und Baubranche**. Ohne eine fachgerechte Betreuung und Umsetzung, wird es nicht möglich sein, innovative Formen des Bauens und Planens flächendeckend umzusetzen.

- g. Das größte Potential einer Dekarbonisierung des Bauens liegt in der **Transformation und Umnutzung der bereits gebauten Umwelt**, dies birgt gleichzeitig aber auch die größte Komplexität. Positive Beispiele von Transformationsprozessen und städtebaulichen Leitbildern, die nicht nur öffentliche Bauträger, sondern gleichermaßen auch die weitaus größere Gruppe **privater Gebäudeeigentümer mobilisieren** kann, müssen im NEB deshalb eine wesentliche Rolle einnehmen. Über einen koordinierten und unterstützenden Quartiersansatz (z.B. durch einen finanzierten „Kümmerer“) kann es gelingen, die vielen Einzeleigentümer zu mobilisieren.
- h. Mit dem NEB zurzeit vermittelte Begriffe wie beispielsweise Nachhaltigkeit, Ästhetik und Integration verbleiben auf einer soziologischen, fast philosophischen oder sozial-kulturellen Abstraktion. Wünschenswert wäre daher ein **klarer Referenz- bzw. Beurteilungsrahmen**, so dass Projekte und Vorhaben, die im Rahmen des Neuen Europäischen Bauhauses realisiert werden sollen, klarer beurteilt und eingeordnet werden können. Dies erfordert wiederum einen klaren und transparenten Aushandlungsprozess zwischen öffentlichen und privaten Akteuren.
- i. Die Verbindung nicht nur sozialer und bau-ökologischer, sondern gleichzeitig auch (bau)kultureller und ästhetischer Aspekte bietet für die Stadtentwicklung wichtige neue Impulse. **Ein fachübergreifender Dialog** mit einer ausgewogenen Perspektive unterschiedlicher Sichtweisen im Rahmen des NEB ist daher sehr zu begrüßen. Dabei sollten Kommunen aller Größenklassen mit ihrer zentralen Bündelungsfunktion von Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft stärker berücksichtigt werden. Die Sichtbarkeit und Wertschätzung eingegangener und bislang nicht prämierter Wettbewerbsbeiträge kann zudem wesentlich dazu beitragen, die positive Botschaft des Neuen Europäischen Bauhauses in die Breite zu tragen.
- j. Um eine schnellere und effizientere Umsetzung der Ziele des Neuen Europäischen Bauhauses zu ermöglichen, müssen bereits **bestehende nationale, regionale und lokale Initiativen** genutzt werden. Die Errichtung einer nationalen Anlaufstelle beim Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen als nationale und **fachliche Vernetzungsplattform** bietet eine gute Grundlage, um den NEB Prozess fachlich weiter zu untersetzen und daran wiederum ein nationales Netzwerk vielfältiger Organisationen und Akteure mit großem Interesse am NEB anzudocken.

 **ANSPRECHPARTNER:**

Jonas Scholze | j.scholze@deutscher-verband.org

Christian Huttenloher | c.huttenloher@deutscher-verband.org

Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e. V.

Littenstraße 10 | 10179 Berlin

Tel. +49 (0)30 20613250 | Fax +49 (0)30 20613251

info@deutscher-verband.org | www.deutscher-verband.org |  [@DV_Stadt](https://twitter.com/DV_Stadt)